S 16 P 42/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Pflegeversicherung

Abteilung 30

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Beschwerdefähig – voll überprüfbare

Entscheidung - Beschwerdeerhebung -

Verschlimmerung -

Leitsätze -

Normenkette SGG §§ 109, 172

1. Instanz

Aktenzeichen S 16 P 42/18 Datum 13.03.2023

2. Instanz

Aktenzeichen L 30 P 17/23 B Datum 28.08.2023

3. Instanz

Datum -

Â

Auf die Beschwerde des KlĤgers wird der Beschluss des Sozialgerichts (SG) Cottbus vom 13. MĤrz 2023 aufgehoben und werden die Kosten des schriftlichen SachverstĤndigengutachtens des SachverstĤndigen Dr. Sch vom 5. Juli 2021 auf die Staatskasse übernommen.

Â

Â

Die Staatskasse erstattet dem Kläger die notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens.

Â

Gründe

Â

Die Beschwerde ist zulÄxssig.

Â

Â

Die Beschwerde ist begründet.

Â

 \tilde{A}_0 ber die endg \tilde{A}_4 Itige Kostentragungspflicht wegen der Kosten nach \hat{A} § 109 SGG entscheidet das Gericht nach Ermessen durch Beschluss. Das Gericht ber \tilde{A}_4 cksichtigt bei seiner Ermessensentscheidung \tilde{A}_4 ber die Kosten \tilde{A}_4 bernahme auf die Staatskasse, ob das Gutachten die Sachaufkl \tilde{A} ¤rung wesentlich gef \tilde{A} ¶rdert hat, was u.a. in der Durchf \tilde{A}_4 hrung einer anschlie \tilde{A} □enden Beweiserhebung von Amts wegen oder im anschlie \tilde{A} □enden Zustandekommen eines Vergleichs oder Anerkenntnisses zum Ausdruck kommen kann (vgl. Keller a.a.O., 16a f.). Die ablehnende Entscheidung des SG \tilde{A}_4 ber die \tilde{A} □bernahme der Gutachtenkosten auf die Staatskasse ist im Beschwerdeverfahren nicht nur auf Ermessensfehler, sondern voll \tilde{A}_4 berpr \tilde{A}_4 fbar (vgl. Keller a.a.O., Rn. 22).

Â

Hieran gemessen sind die Kosten des Gutachtens auf die Staatskasse zu übernehmen. Es hat die Sachaufklärung wesentlich gefördert. Zum einen liegt mit dem Gutachten von Dr. Sch im vorliegenden gerichtlichen Verfahren erstmals ein ärztliches Gutachten vor, nachdem das SG zunächst nur das Sachverständigengutachten einer Pflegesachverständigen eingeholt hat, vgl. das schriftliche Sachverständigengutachten der Pflegesachverständigen Sch-St vom 18. Januar 2021. Dass das schriftliche Sachverständigengutachten von Dr. Sch die Sachaufklärung wesentlich gefördert hat, zeigt sich im Ã□brigen am angenommenen Teilanerkenntnis der Beklagten vom 19. August 2021, mit welchem sie sich ausdrücklich die sozialmedizinische Beurteilung des Sachverständigen zu eigen gemacht hat, und eben auch daran, dass sich das SG mit der Einholung der ergänzenden Stellungnahme von Dr. Sch vom 12. Februar 2022 zu weiteren Ermittlungen von Amts wegen gedrängt gesehen hat. Jedenfalls vor diesem Hintergrund Ã⅓berzeugt der Verweis des SG im angefochtenen Beschluss auf den Beschluss des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (LSG NRW) vom 6. Februar

2019 â L 13 SB 31/17 â nicht, wonach, wenn die durch das Gutachten erbrachten Befunde Erkenntnisse betreffen, die sich im Wesentlichen erst im laufenden Verfahren ergeben haben, es unbillig sei, die Kosten der Landeskasse aufzuerlegen, wenn der Kläßer die Berä½cksichtigung dieser Befunde ļber einen Verschlimmerungsantrag leichter und damit kostenfrei häkte bewirken kä¶nnen. Maä gebend sind vielmehr die Umstäknde des Einzelfalls (ebenfalls kritisch zum vorgenannten Beschluss des LSG NRW Keller a.a.O., Rn. 16a a.E.).

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u> und folgt dem Ausgang des Beschwerdeverfahrens in der Sache selbst.

Â

Der Beschluss ist unanfechtbar, <u>§ 177 SGG</u>.

Erstellt am: 05.12.2023

Zuletzt verändert am: 22.12.2024